Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis

Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8.50 T.Pfd., 12 Monate 16.– T. Pfd. Ausland 1 Monat 5.– R.-Mark, 3 Monate 13.– R.-Mark 6 Monate 25.– R.-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3 Seite 60 Grusch. 4 Seite 30 Grusch. (Inlandspreise)

Geschaeftsleitung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.

Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

توركيشه پوست

3. JAHRGANG NO.47 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Konstantinopel Donnerst. 16. Febr. 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Wirtschaftskammer für Oesterreich, Wien.

Tagesspiegel.

آسکیت دون اولمشدر .

قولیدج آمریقا دونغاسی پروغرامنك یوزده اللی تنقیصیه موافقت ایتمشدر .

واشنغتونده‌کی ایتالیا سفیری حکومتندن آمریقا ایله حکم معاهده‌سنه باشلامق ایچون امر آلمشدر .

Asquith ist gestern verstorben.

Coolidge bewilligte die Verminderung des amerikanischen Flottenbauprogramms um 50 v. H.

Der italienische Botschafter in Washington wurde von Rom beauftragt, Schiedsgerichtsverhandlungen mit den U.S.A. einzuleiten.

Aus Deutschland.

Der deutsche Sparkassenbestand

Berlin, 15. Februar.

Die deutschen Sparkassen hatten am Jahresende einen Einlagebestand von 4.665 Milliarden Mark.

Die Krise im Reichskabinett.

Berlin, 15. Febr.

Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien des Reichstages stellte am Mittwoch fest, dass die Verhandlungen über das Schulgesetz infolge der Unmöglichkeit der Ueberbrückung der Gegensätze gescheitert seien. Später traten die Führer der Regierungsparteien mit den Kabinettsmitgliedern zusammen und einigten sich dahin, dass das Kabinett Beschlüsse fassen müsse, ob und wie es möglich sei, alle dringlichen Aufgaben noch vor Reichstagsschluss zu erledigen. Der interfraktionelle Ausschuss der Parteien nimmt endgültig nach der Kabinettssitzung am Mittwoch nachmittag Stellung.

Stresemann und Titulescu.

Berlin, 15. Febr.

Der rumänische Aussenminister Titulescu, der morgen in San Remo eintrifft, wird Ende dieser oder Anfang nächster Woche mit Stresemann zusammentreffen.

Kleine Nachrichten.

Der vom Reichsarbeitsminister neuernannte Schlichter für den mitteldeutschen Metallarbeiterstreik lud angesichts der angedrohten Aussperrung in der deutschen Gesamtmetallindustrie die Parteien für Freitag zu Schlichtungsverhandlungen nach Berlin.

Die Sozialisten forderten im Reichstag in einer Entschliessung die Errichtung eines Reichsmonopols für Einfuhr und Ausfuhr von Getreide und Mühlenprodukten.

Das Reichskabinett billigte den Nachtragsetat von 200 Millionen Mk mit Ausgaben für die notleidende Landwirtschaft und die Reparationsgeschädigten. Die Ausgaben sind nach Erklärungen des Reichsfinanzministers voll gedeckt.

Der deutsche Gesandte in Kolumbien Steinbach wurde zum Gesandten in Venezuela ernannt. Nach Kolumbien geht der vortragende Legationsrat im Berliner Aussenamt Graf von Podewils, ein Sohn des früheren bayrischen Ministerpräsidenten.

In Berlin wurde ein deutsch-dänisches Abkommen zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Einkommens- und Vermögenssteuer unterzeichnet.

Lord Asquith †

London, 15. Februar.

Der frühere englische Ministerpräsident Lord Oxford und Asquith, der schon vorgestern irrtümlich für tot gemeldet wurde, starb heute vormittag.

Die deutschen Missionare in China wieder frei.

Berlin, 14. Febr.

Die in Westschantung von chinesischen Banditen gefangenen 8 deutschen Missionare wurden nach Meldungen aus Peking freigelassen.

Ein italienisch-rumänisches Abkommen.

Bukarest, 15. Febr.

Zwischen Italien und Rumänien kam eine Vereinbarung über die von der ersten Regierung Averescu in Italien ausgegebenen rumänischen Schatzscheine zustande.

Der Prozess Ichsan Bej.

Weitere Verhoere und Aussagen. – Ichsan Bej an Ismet Pascha.

Die Münchener Verhandlungen. – Der Dockunfall und seine Ursachen.

Am Schluss der zweiten Dienstagssitzung ging der Staatsgerichtshof nochmals auf die Frage der Verteilung der 20.000 t. Pf. aus München ein. Halil Kiamil Bej erklärte, dass Haidar Bej 20.000 Pf. von Zenz zur Verteilung an seine türkischen Freunde gefordert habe. Er und auch andere Zeugen verkündeten einstimmig, dass Ichsan Bej von dem Gelde nichts erhalten habe. Halil Kiamil Bej erklärte weiter, dass er zu der Zeit Mitarbeiter von Oemer Nasim Bej gewesen sei und dieser von allen Vorgängen an Ichsan Bej ebenso wie an Fikret Bej schriftlich Mitteilung gemacht habe. Der Präsident befragt darauf Ichsan Bej, der die Angelegenheit dieses Briefes, «a geradezu für eine Ungeheuerlichkeit » erklärt.

Damit schliesst die Dienstagssitzung.

***

Angora, 15. Febr,

Als erster Zeuge wird der frühere türkische Konsul in München, Haidar Bej, vernommen, der zunächst Aussagen über die Verhandlungen zwischen Zenz und Nasim Bej macht. Eines Tages seien Mitarbeiter von Zenz zu ihm gekommen und hätten ihm erklärt, dass Nasim Bej sich bei ihnen als offizieller Vertreter der Angora-Regierung zum Kauf eines Docks vorgestellt hätte und im Namen des Marineministeriums um Auszahlung von 20.000 Pf. gebeten habe, widrigenfalls das Geschäft nicht zustande kommen würde. Haidar Bej habe darauf geantwortet, dass ihm Nasim Bej nicht als offizieller Vertreter bekannt sei und er bäte, ihm eine schriftliche Erklärung zu geben, die er dann an das Ministerium weiter geben würde. Bald darauf seien Halil Pascha und Risa Bej zu ihm gekommen und hätten ihn gebeten, sie mit Zenz in Verbindung zu bringen. Die fraglichen 20.000 Pf. seien für die Schark Eschja-Pasari bestimmt gewesen und auch bereits bezahlt worden. Dies sei eine Privatangelegenheit Nasim Bejs gewesen. Nach diesen Erklärungen habe er dann die beiden mit Zenz in Verbindung gebracht.

Haidar Bej erklärte weiter, dass er auf seine Berichte an das Marineministerium ohne Antwort geblieben sei und er auch nicht gewusst habe, dass man einen Prozess in dieser Sache habe anstrengen wollen.

Der Präsident fordert dann Nasim Bej auf, sich zu den Erklärungen Haidar Bejs zu äussern. Zu der Angelegenheit der Depesche, die nach der Aussage Haidar Bejs die Drohung zum sofortigen Abbruch der Verhandlungen ausgedrückt haben soll, falls die 20,000 Pf. nicht bezahlt würden, könne er sagen, dass es sich hier um ein Telegramm der Schark Eschja-Pasari handle, worin gesagt wurde, dass die Gesellschaft vor dem finanziellen Ruin stehe, falls ihr nicht geholfen würde. Diese Depesche sei wohl gemeint gewesen.

Ichsan Bej erklärte hierzu, dass er nach Empfang des Briefes aus München über die Geldangelegenheit mit dem Rechtsbeirat gesprochen habe und erwiederhole, dass er seinerzeit geantwortet habe, er beabsichtige auf Grund der Berichterstattung Haidar Bejs gegen Nasim Bej ein gerichtliches Verfahren einzuleiten. Man könne dieses Antwortschreiben unter den Papieren des Konsulats oder des Aussenministeriums suchen.

Haidar Bej sagt darauf, dass er seinen Bericht im Februar 1926 abgesandt habe und noch bis Ende März in München geblieben sei, bis zu diesem Datum aber keine Anwort vom Marineministerium erhalten habe.

***

Im Anschluss daran wird Sabit Bej vernommen. Der Präsident fragt ihn, was er über das Gerücht bezüglich eines Missbrauchs in der Dockangelegenheit wisse. Sabit Bej antwortet: «Unter allen Offizieren lief das Gerücht um, dass der Minister 70000 t Pf. erhalten hat.» Von wem er selbst dies erfahren habe, könne er allerdings nicht mehr sagen. Ueber das Dock befragt, antwortete Sabit Bej, dass es unvollständig gewesen sei am Kiel und bezüglich des Materials, die Maschinen dagegen seien vollständig intakt gewesen.

Auf eine Frage des Präsidenten, was Ichsan Bej zu den Ausführungen Sabit Bejs sagen könnte, erklärte dieser, dass das gesamte Personal des Arsenals Offiziere wie Mannschaften, sich bei dessen Uebernahme von den Engländern bezüglich der Disziplin in völlig verwahrlostem Zustande befunden habe, und seine einzige Sorge sei bei der Uebernahme seines Postens gewesen, die Marine zu reorganisieren. Aus diesem Grunde hätte er auch drei fremde Spezialisten engagiert. Hieran knüpfen sich dann Ausführungen Sabit Bejs über den Unfall im Dock. Die Spanten, auf denen der Kreuzer gelagert werden sollte, waren aus Holz, statt, wie im Kontrakt vorgesehen worden, aus Eisen. Der leitende Ingenieur erklärte, dass die Spanten bereits in Deutschland vorbereitet worden seien und verwandt werden könnten. Aus diesem Grunde sei sein Vorschlag dann angenommen worden, und zwar durch die technische Kommission, die dafür zuständig gewesen sei. Der Preisunterschied zwischen den Holz- und den Eisenspanten sei, so erklärte Sabit Bej auf die Fragen des Präsidenten, nicht bezahlt worden. Auf eine weiteren Frage, ob die Verwendung der Holzspanten der Grund zu dem Unglücksfall gewesen sei, erklärte Sabit Bej, dass die Meinungen darüber mindestens geteilt seien, Man erachte die schlecht geleitete Eindockung als den verantwortlichen Fehler.

Hiermit schliesst das Verhör Sabit Bejs und der Präsident wendet sich an Hüssameddin Bej.

***

Hüssameddin Bej wird befragt, ob diese Angelegenheit zu seiner Zeit stattgefunden habe, was Hüssameddin verneint und angibt, dass er zur damaligen Zeit Chef des Admiralstabs, Fachri Bej aber Staatssekretär gewesen sei. Fachri Bej bekräftigt dies und sagt, dass man damals der Ansicht gewesen sei, dass Holz elastischer und daher vorzuziehen sei. Darüber wurde auch der Kommission in Deutschland geschrieben. Die Kommission prüfte dann die Sache, worauf man Holz für Gusseisen als statthaft annahm.

***

Sakib Bej, Abteilungschef im Marineministerium erwähnt, dann, dass seine eigene Ansicht dabei keinen Eindruck gemacht habe. Man habe der Flendergesellschaft mitgeteilt, dass die technischen Vorbedingungen angenommen worden seien. Der Präsident bemerkt, dass er die Niederschriften über die Verhandlungen mit den beiden Gesellschaften doch selbst ausgeführt habe und ob er dann nicht bedenklich gestimmt wurde, als er den Beschluss des Ministerrates zu Gesicht bekam. Sakib Bej verneinte dies und erklärt, dass man dies für höchst natürlich angesehen habe.

***

Hieraufwird der Direktor der Seeschule Neschet Bej verhört. Er gibt an, weder beim Abschluss des Vertrages anwesend gewesen zu sein, noch irgendwelche Kenntnisse über Amtsmissbräuche zu besitzen. Ueber die Benachrichtigung seitens des Konsulats in München befragt, äusserte er, dass in der Tat von Konsul ein Schreiben eingelangt sei. Danach hätte eine Persönlichkeit Geld erhalten, dass an höhere Marinekommissionäre verteilt werden sollte. Dieses Schreiben sei in seinem Büro eingelangt. Man habe dann gesagt, dass der Staatssekretär diese Angelegenheit untersuchen würde und dass man die diesbezüglichen Akten einsenden solle. Ichsan Bej bittet hierauf von Neschet Bej Erklärungen zu verlangen, ob das Schreiben in dieser Angelegenheit dem Aussenministerium oder direkt dem Konsulat übersandt worden sei. Neschet Bej erwidert, dass er wohl von der Abfassung eines diesbezüglichen Berichts Abdul Halim Bej berichtet über die Dock- Kenntnis gehabt, aber nicht gewusst habe, an welche Stelle er geleitet werden würde.

***

Hierauf wird Abdul Halim Bej verhört. übergabe an Flender und über den Unglücksfall, der passiert war. Darüber gäbe es einen Bericht von Sachverständigen, worin alles klar dargestellt worden sei. Abdul Halim Bej kann sich weiter über die technischen Verhältnisse nicht äussern, da er sich hierfür als inkompetent ansieht. Er sei damals Kommandant des Flottenstützpunktes gewesen. Er wisse nur, dass bei der ersten Eindockung die Gesellschaft den Jawus auf 10, und das Dock auf 2 Millionen versichert habe. Ueber Mängel der Bedingungen hätte er ein Protokoll aufgenommen und dem Ministerium vorgelegt. Wegen gewisser Mängel habe man von der Uebergabeformalität damals noch abgesehen. Der endgültige Befehl zur Uebergabe sei im Namen des Ministeriums vom Staatssekretär Nedschati Bej telegrafisch gegeben worden. Der Vorschlag, dass Konstruktionen in Holz statt in Gusseisen ausgeführt werden sollten, sei angenommen worden. Ueber den zweiten Unfall könnte er nichts angeben. Er glaube nicht, dass es sich hier um eine Amtsmissbrauchangelegenheit handele, diesbezügliche Gerüchte seien auch nicht an sein Ohr gedrungen. Der Präsident wendete ein, das es doch Gerüchte über Amtsmissbrauch beim Abschluss des Jawusvertrages gegeben hätte. Aber Halim Bej versichert, auch darüber nichts gehört zu haben. Er hätte nur etwas über die Versicherungsangelegenheit gehört. Man hätte gesagt, dass die Versicherungsgesellschaften mehr Geld forderten und, dass das Ministerium der Versicherungsgesellschaft beistehen müsse Nach dem Vertrag hätte die Regierung 20.000 t.Pf. Versicherungsbeitrag zu leisten gehabt. Es gäbe keine Punkte im Vertrag, die eine höhere Leistung seitens der Regierung verlangten. Am Bankett in Göldschük habe er auch teilgenommen, habe da Oemer Nasim, den Minister und Sabandschali Hakki gesehen. Ob damals über die Uebergabe des Jawus an Flender gesprochen worden sei, könne er nicht angeben. Man hätte dann nach dem Unfall Ausbesserungsarbeiten gemacht und als die Zeit der Uebergabe herannahte, sei eine Kommission zusammengetreten, habe die Bilder geprüft, auch die Mängel des Dockes gesehen und diesbezügliche Bauvorschriften ausgearbeitet. Abdul Halim Bej sei mit der Uebergabe des Docks beauftragt worden. Am 23. August hätte man sich nach Ismid begeben und eine Besprechung mit den Vertretern der Gesellschaft abgehalten.

Nach erneuten Kommissionsberatungen sei man zu der Ueberzeugung gelangt, dass die Mängel des Docks einer Uebergabe nicht hinderlich seien. Darauf wurde das Schiff eingedockt. Man hätte kein anderes Schiff zur Ausprobierung des Dockes zur Verfügung gehabt, und hätte dazu eben den Jawus benützen müssen. Abdul Halim Bej soll gesagt haben, dass nach dem Vertrag der Jawus eingedockt werden musste. Damals habe auch der Marineminister gesagt, dass man entsprechend dem Vertrage vorgehen müsse. Der Präsident befragt hierauf Abdul Halim Bej, ob es nötig war, den Jawus auf das Dock zu ziehen. Abdul Halim antwortet, dass man nach dem Vertrage eine Probe hätte vornehmen sollen, und dass man dies mit dem Jawus habe vornehmen müssen, da kein anderes Schiff zur Verfügung stand. Das habe man auch dem Vertrag hinzugefügt. Dass man das mit dem Jawus gemacht habe, sei natürlich nicht richtig gewesen, man sei aber durch die Umstände dazu gezwungen worden. Beim Aufsetzen des Vertrages habe man daran nicht gedacht. Hüssameddin Bej sagt hierauf aus, dass der Vertrag von der technischen Kommission aufgesetzt worden sei und dass man aus technischen Gründen nichts anderes habe machen können, als was geschehen sei.

Nedschati Bej wird dann über die Uebergabe befragt. Man hätte die Mängel festgestellt und darüber mit den Vertretern der Gesellschaft verhandelt. Ueber das Dock in England befragt, erklärt Abdul Halim Bej, dass der Botschafter Sekkjai Bej Antwort darüber gegeben habe, ob das Dock in England den Erfordernissen genüge. Auf diese Antwort hin habe man vom Ankauf dieses Dockes abgesehen.

Hierauf wird die Sitzung auf den Nachmitag vertagt.

Eine Reise Ismet Paschas.

Angora, 15. Februar.

Der Ministerpräsident Ismet Pascha wird am nächsten Freitag eine eintägige Reise antreten.

***

Ferner wird in Angora bekannt, dass Ichsan Bej nach seinem Abgang als Minister Ismet Pascha einen Brief geschrieben habe, der Ministerpräsident möge den Intrigen, die gegen ihn (Ichsan Bej) angezettelt wurden, keinen Glauben schenken und verhüten, dass das Land, dadurch dass die Führer der Revolution uneinig würden, Schaden litte. Wie die «Milliet» hinzufügt, fällt der Beschluss, Massnahmen gegen Ichsan Bej zu ergreifen, vor das Datum dieses Briefes.

Poincaré's Kammersieg und Wahlaussichten.

(Von unserem Berichterstatter.)

Paris, 10. Februar.

Die grosse Finanzdebatte, die Donnerstag zu Ende ging, brachte der Regierung den garnicht zweifelhaften Sieg. 370 Abgeordnete bestätigten ihr, dass sie ihre Finanzpolitik billigen. 131 Abgeordnete stimmten dagegen und etwa 50 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Die Debatte, die den Abstimmungen voraufging, stand im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Dauer, denn sie bewegte sich im wesentlichen in Betrachtungen und förderte von keiner Seite ein positives Zukunftsprogramm zutage. Poincaré hat eine Rekordrede gehalten, in der er zwar alle Notwendigkeiten der kommenden Zeit besprach, in der er sich aber nicht über die Stabilisierungsfrage äusserte, sodass die Unsicherheit fortbesteht. Die Radikalen und Sozialisten wurden von Anfang an in die Defensive getrieben. Sie mussten vor dem Land den Beweis versuchen, warum sie bei der Währungs- und Sanierungsfrage scheiterten, und dadurch das Kartell der Linken selbst ruinierten und zum Teil haben die von ihnen vorgeschickten Redner ihrerseits Interessantes und zum Teil auch Beweiskräftiges vorgebracht, aber ihr Mut ging doch nicht so weit, auf einer Tagesordnung zu bestehen, die jene Grundsätze hätte verewigen können; ja, es war ein Manöver seltsamer Art erforderlich, um bei der Abstimmung über die Priorität für die radikale Tagesordnung das Kabinett nicht zu Fall zu bringen: die Sozialisten mussten 50 Abgeordnete abkommandieren und sie zur Stimmenthaltung zwingen, sonst wären die Tage des Kabinetts Poincaré gezählt gewesen.

Im Ausland wird man sich natürlich fragen: Hat der Abschluss dieser Debatte irgendeine Folge für die Haltung der Regierung und der Parteien bei den bevorstehenden Kammerwahlen? Eine solche Frage ist nicht leicht zu beantworten, denn wie die Dinge liegen und wie sich dies auch aus der Tatsache ergibt, dass das Kabinett Poincaré ein Koalitionsparlament ist, wechselt die Mehrheit je nach dem Gegenstand der Debatte, und über Fragen der allgemeinen Politik ober besser gesagt der grossen Politik oder der Aussenpolitik ist, solange das jetzige Ministerium seit Juli 1926 besteht, nicht abgestimmt worden. Poincaré musste derartige Diskussionen und Abstimmungen verhindern, da sonst vielleicht die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der bürgerlichen Linken und der bürgerlichen Rechten in die Erscheinung getreten wären. Jetzt, nachdem die Finanzpolitik ihre Sanktion im Parlament erhalten hat, müsste eigentlich die Bahn frei sein für eine Zurückentwicklung zum alten Parteileben, jedoch liegen noch keine Anhaltspunkte dafür vor, dass das wirklich geschehen wird. Besteht doch noch eine starke Minderheit im Lande für die Schaffung einer nationalen republikanischen Vereinigung, und es steht keineswegs fest, dass die Zahl der Anhänger für eine derartige Koalition innerhalb der radikalen Partei nur gering ist. Der Gedanke Franklin Bouillons, die nationale Einigung im Interesse der Finanz- und Wirtschaftsanierung beizubehalten, ist nicht im Rückgang begriffen. Im Gegenteil, man kann feststellen, dass er Fortschritte gemacht hat. Würde nur Poincaré mit seiner Autorität sich für eine solche Politik einsetzen, dann wären die Radikalen eventuell vor eine Frage gestellt, die vielleicht zu einer Spaltung führen würde und von vornherein die Möglichkeit eines Wahlergebnisses begünstigte, das nicht den Erwartungen entspricht, die die alten Anhänger des Kartells der Linken erhoffen und sogar mit ziemlicher Sicherheit glauben voraussehen zu können. Es wird also noch die wesentlichste Frage zu klären sein, bevor man sich mit dem möglichen Ausfall der Kammerwahlen beschäftigen kann.

Vom deutschen Standpunkt aus ist die Frage nicht ohne Bedeutung, denn das im April zu wählende Parlament wird sich mit zwei Fragen zu beschäftigen haben, die für Deutschland wesentlich sind, nämlich mit der Frage der Rheinlandräumung und mit der Frage der endgültigen Festsetzung der deut-

Letzte Nachrichten

Noch kein Ende der Belgrader Krise.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Belgrad, 15. Febr.

Wukitschewitsch, der sich gegenwärtig um die Bildung des neuen Kabinetts bemüht, erhielt die Zustimmung der Mohammedaner und der slowenischen Volkspartei. Gegenwärtig konferiert er mit den Demokraten über den Beitritt dieser Partei als vierte Qualitionspartei. Die Demokraten verlangten den Posten des Innenministers für sich. Infolge der Weigerung Wukitschewitschs dem Wunsche Folge zu leisten, schlug Koroschetz ein Kompromiss vor, in dem Sinne, ihm als Neutralen das Innenministerium zu überlassen. Die Entscheidung wird voraussichtlich in der kommenden Sitzung des Demokratischen Klubs fallen.

Losziehung des ägyptischen Bodenkredits.

Kairo, 15. Febr. (AA)

Bei der heutigen Ziehung der 3 prozentigen Losobligation des ägyptischen Bodenkredits gewannen die folgenden Nummern je 50.000 Franken:

Nr. 328.582 (Ausgabe 1886)
Nr. 705.544 (Ausgabe 1903)
Nr. 67.986 (Ausgabe 1911)

Auch ein italienisch-amerikanischer Schiedsvertrag.

New York, 15. Februar.

Der italienische Botschafter in Washington erhielt von seiner Regierung den Auftrag, mit der amerikanischen Regierung Besprechungen über den Abschluss eines Schiedsgerichtsvertrages anzuknüpfen.